

Haushaltssatzung 2011 – Stellungnahme SPD-Fraktion

Anrede, wir beschließen heute die Haushaltssatzung für das Jahr 2011 und gleichzeitig die Finanzplanung bis 2014. Die Satzung, so wie sie vermutlich heute beschlossen werden wird, schließt im Ergebnishaushalt mit einem Defizit von über 4,1 Mio. € und in den Jahren bis 2014 mit jeweils einem Jahresdefizit von geplant 2,2 Mio. € bis 3,2 Mio. €. Entsprechend wird das Eigenkapital der Gemeinde Simmerath in jedem Jahr schmelzen. Wenn denn die Prognosen so eintreten werden, wird die Gemeinde Simmerath in der Amtsperiode des jetzigen Bürgermeisters fast 1/3 ihres Eigenkapitals verlieren. Dies ist eine verheerende Perspektive und sollte uns anhalten, den Blick nicht ausschließlich auf das Jahr 2011 zu richten sondern auch die folgenden Jahre ganz intensiv in die Planungen einzubeziehen. Wenn es denn gelingen sollte, aus dieser Sackgasse herauszukommen, ist dies nur lang- und mittelfristig möglich. Es müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um einen Fortschritt vielleicht ab 2013 erreichen zu können. Von solchen Bemühungen, meine Damen und Herren, merken wir bisher nichts.

Das Defizit ist so groß, dass die Suche nach kurzfristigen Einsparmöglichkeiten zur Erzielung eines strukturell ausgeglichenen Ergebnisplans von vorneherein sinnlos erscheint. Diese Erkenntnis war offensichtlich Leitfaden der Beratungen in den Mehrheitsfraktionen, man hat es sich – so scheint es uns - ziemlich einfach gemacht. Was blieb, ist das Drehen an der Steuerschraube, das Ausquetschen unserer Bürger.

Natürlich erkennt auch die SPD-Fraktion an, dass die Kommunalpolitik nur sehr begrenzte Möglichkeiten hat, die schlechte Haushaltslage allein in den Griff zu bekommen, selbst wenn wir jegliche eigene kommunale Gestaltung einstellen würden. Die Forderung an Bund und Land an eine umfassende Gemeindefinanzreform ist seit langem Bestandteil aller Haushaltsbeiträge. Diese Forderung verliert auch durch gebetsmühlenartiges Wiederholen nichts von ihrer enormen Wichtigkeit. Aber natürlich müssen wir auch selbst alle Möglichkeiten zur Gesundung der Gemeindefinanzen ausschöpfen.

Die Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, eine für die Zukunft verantwortbare Politik auf den Weg zu bringen, das Leben in der Gemeinde so attraktiv wie möglich zu gestalten und Simmerath fit zu machen für den stattfindenden demographischen Wandel. Wir müssen uns - das richte ich vor allem an die Vertreter der CDU-Fraktion - viel entschlossener als bisher vom immer noch vorhandenen Kirchtumsdenken verabschieden. Kirchtürme sind meist sehr schön anzuschauen und schmücken unsere Dörfer – aber in den Köpfen der Kommunalpolitiker haben sie nichts mehr zu suchen. Wir hoffen, dass die Entscheidungsabläufe zum Thema Schwimmbad oder gemeinsames Schwimmbad mit Monschau der letzte Ausbruch dieses immer noch ausgeprägten Kirchtumsdenken der Mehrheitsvertreter war. Hier wurde jedenfalls mit der Entscheidung der Mehrheitsfraktionen in Monschau und Simmerath eine große Chance für die Zukunft verspielt.

Es sind vor allem die überbordenden Sozialausgaben und die Verteilung der damit verbundenen Lasten zu Lasten der Städte und Gemeinden, die das Haushalten vor Ort immer mehr unmöglich machen. Leider tut hier die Bundesregierung bisher gar nichts.

Die neue Landesregierung tut etwas und verbessert im Rahmen des GFG die Finanzausstattung der Kommunen erheblich. Sie schnürt das zweithöchste GFG in der Geschichte des Landes und passt aber gleichzeitig die Datengrundlagen zur Verteilung der Gelder an, so wie von den Kommunen immer gefordert. Dies hat für die Gemeinde Simmerath erhebliche Nachteile, wir verlieren gegenüber den bisherigen Berechnungsmodalitäten Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 1,4 Mio. €, fast 40%. Dies ist absolut unbefriedigend und ärgerlich für Simmerath, dass jedoch die Kommunen, denen es noch viel schlechter geht, nicht auf die Besserstellung verzichten wollen, kann man mit etwas gutem Willen zumindest gedanklich nachvollziehen.

Ansonsten sind die Einnahmen stabil oder entwickeln sich positiv – die hoffentlich hinter uns liegende Wirtschaftskrise hat sich weniger dramatisch als befürchtet ausgewirkt, auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer entwickeln sich positiv und wir schreiben weiter eine positive Entwicklung mit Steigerungsraten von ca. 7% jährlich in die Finanzplanung.

In ihrer großen Not drehen die Mehrheitsfraktionen nun kräftig an der Steuerschraube. Die Grundsteuer B soll um stolze 59 Prozentpunkte auf 450 Prozentpunkte erhöht werden. Allein durch diesen Beschluss werden den Bürgern ca. 400 T€ jährlich zusätzlich aus der Tasche gezogen. Die SPD-Fraktion, Anrede, erkennt an, dass ein vollständiger Verzicht auf Steuererhöhungen zwar sehr schön wäre aber keine wirklich realistische Perspektive darstellt. Die SPD-Fraktion erklärt sich damit bereit, eine moderate Erhöhung der Steuern auf 300 Prozentpunkte bei der Grundsteuer A, 420 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B und 420 Prozentpunkte bei der Gewerbesteuer mitzutragen. Eine noch höhere Belastung unserer Bürger und Gewerbebetriebe halten wir für nicht mehr vertretbar und lehnen wir ab.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, welche Maßnahmen bereits beschlossen wurden: die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren, die Erhöhung der Abwassergebühren, die Erhöhung der Hundesteuer. Sie erhöhen die Fremdenverkehrsabgabe und nun noch Grund- und Gewerbesteuern. Und mit der Grundsteuer B langen Sie noch mal richtig in die Vollen. Sie sagen dann immer, ja der jeweils einzelne Mehrbetrag ist sei doch gar nicht so hoch. Das stimmt! Aber der Bürger zahlt nun mal alles in Summe. Kennen Sie etwa Bürger, die dankbar sind, weil sie statt eines 100-€-Scheines zehn 10-€-Scheine auf den Tisch legen dürfen – ich nicht!

Und die Mehrbelastung wird in den meisten Fällen über 100 € pro Haushalt liegen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, Sie sollten vielleicht doch redlich bleiben und nicht zu sehr in parteipolitische Polemik verfallen. Die Landesregierung plant mit dem Entwurf zum GFG die Sonderbedarfszuweisungen zu den hohen Abwassergebühren, genau wie von der alten CDU/FDP-Regierung beschlossen, wieder zurückzufahren. Diese hatte beschlossen, dass diese Erhöhung ausdrücklich nicht dauerhaft sondern nur für 2010 gilt. Im Entwurf des GFG 2011 steht nun genau das, was CDU/FDP im letzten Jahr – vor der Landtagswahl – beschlossen haben – und das kritisieren wir ausdrücklich. Ihr Landtagsabgeordneter, Anrede CDU, hat uns und die Bürger in Simmerath und Monschau reingelegt, aber das, so muss ich einräumen, hat er clever gemacht. Ich zitiere aus der Landtagsdrucksache den Antrag der CDU/FDP im Landtag zum GFG 2010: „Bei der Abwassergebührenhilfe handelt es sich um eine Sonderbedarfszuweisung zum Ausgleich besonderer Härten bei den Abwassergebühren. Diese besonderen Belastungen ergeben sich aus den topographischen Verhältnissen in den betroffenen Kommunen, die die Abwasserentsorgung verteuern und bei anderen Kommunen nicht in vergleichbarem Maße gegeben sind. Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt nicht dauerhaft, sondern ausdrücklich nur für das GFG 2010.“ Wir fordern nachdrücklich, dass zumindest der Ansatz im GFG 2010 dauerhaft festgesetzt wird. Aufgrund der außergewöhnlichen Belastung sind wir der Meinung, dies als kleinen Akt der Solidarität dem ländlichen Raum gegenüber einfordern zu können.

Bei den Ausgaben bzw. Aufwendungen im Ergebnishaushalt ist unverändert der mit großem Abstand höchste Posten die Umlage an die Städteregion mit über 10 Mio. € oder etwa 30 % der Gesamtaufwendungen. Immerhin scheint es nun so zu sein, dass die Zahlungen an die Städteregion nicht mehr automatisch immer weiter ansteigen, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. Dies ist immerhin ein erster zaghaft positiver Schritt. Da durch die Umstellungen im GFG die Städteregion profitiert und mehr Geld vom Land erhält, hoffen wir, dass das auch den Kommunen und damit Simmerath zu Gute kommen wird.

Eine weitere hohe Ausgabeposition sind die Ausgaben für Personal, die ca. 4,8 Mio. € betragen und in etwa konstant bleiben. Auch für die kommenden Jahre sind keine nennenswerten Erhöhungen geplant. Die Zahl der Stellen bleibt im wesentlichen konstant. Deshalb stimmt die SPD dem Stellenplan zu. Wir halten die Verwaltung nicht für überbesetzt, sondern bewerten die Personalausstattung insgesamt als durchaus angemessen. Wir sind jedoch nicht ganz sicher, ob in allen Bereichen eine angemessene Personalausstattung erreicht ist. Auch fragen wir uns, ob durch die Wiederbesetzung der Beigeordnetenstelle die versprochene Beseitigung vorhandener Engpässe in der Verwaltung schon erreicht werden konnte, bzw. ob wir auf einem guten Weg dorthin sind. Dies werden wir sicher im laufenden Jahr noch thematisieren müssen. Auch erwarten wir für die Beratungen zu 2012 die Vorlage eines funktionellen Stellenplans, der es der Politik ermöglicht, exakter die Stellenzuweisungen – und anteiligen Stellenzuweisungen - zu den einzelnen Abteilungen und Produkten nachvollziehen zu können. An dieser Stelle möchte die SPD-Fraktion ausdrücklich den Dank an alle Mitarbeiter der Gemeinde Simmerath für ihr Engagement für unsere Bürger aussprechen.

Eine weitere hohe Ausgabeposition, die Sorge bereitet, sind die Zinszahlungen, die mit gut 1 Mio. € auf hohem Niveau stagnieren und nach einer leichten Rückführung in den zurückliegenden Jahren nun wieder steigende Tendenz aufzeigen, da 2011 der Schuldenstand um 800 T€ ansteigen wird. Es gilt unverändert, jede Investitionen auf ihre unbedingte Notwendigkeit zu überprüfen.

Die großen Investitionen, die den Haushalt 2011 und in den Folgejahren belasten, sind die grundlegende Sanierung des Hauptschulgebäudes in Simmerath, die Realisierung der sog. Neuen Mitte in Woffelsbach und die Errichtung einer neuen Schwimmhalle mit allen erforderlichen Begleitmaßnahmen. Nachdem wir jahrelang gefordert haben, dass nach den Investitionen in Rurberg und Einruhr sich nun auch in Woffelsbach etwas bewegen müsse, sind wir froh, dass die Zuschüsse fließen und sprechen auch hier den Akteuren, die dazu beigetragen haben, unseren Dank aus. Natürlich muss die Gemeinde dann auch den Eigenanteil schultern.

Sehr wichtig für die Erhaltung unserer Infrastruktur halten wir die Sanierung des Hauptschulgebäudes für fast 7 Mio. € mit einem drückenden Finanzierungsanteil für die Gemeinde von ca. 2,2 Mio. €. Mit der Sanierung schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für den Fortbestand der Schule als einziger Schule im

Sekundarbereich in der Gemeinde Simmerath. Die SPD-Fraktion ist stolz darauf, dass wir zusammen mit den anderen Oppositionsfraktionen zwischenzeitlich einen einstimmigen Beschluss des Fachausschusses zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule zusammen mit Monschau und Roetgen erreichen konnten. Damit ist der jahrelange konzeptionelle Stillstand, der die Schule mittelfristig in ihrer Existenz bedroht hätte, endlich beendet. Wir hoffen, dass die Verhandlungen v.a. mit Monschau nun erfolgreich verlaufen werden und wir eine solche Schule zusammen mit Eltern-, Lehrer- und Schülerschaft werden realisieren können.

Und dann wäre da die neue Schwimmhalle. Wir haben uns im vergangenen Jahr für eine neue gemeinsame Schwimmhalle für Monschau und Simmerath an einem zentralen Standort stark gemacht. Dies wäre, davon sind wir unverändert überzeugt, die für alle Beteiligten die mit Abstand beste Lösung gewesen. Die bestehenden Mehrheiten in Monschau und Simmerath haben es nicht gewollt, das Prinzip Kirchturm – oder vielleicht auch Bürgermeisterdenkmal hat gesiegt.

Die Entscheidungen sind gefallen, demokratisch legitimiert. Dies haben wir zu akzeptieren und tun es auch. Deshalb tragen wir nun auch den Neubau einer eigenen Schwimmhalle an neuem Standort mit. Dass seitens der Verwaltung dazu vorgelegte Konzept kann funktionieren, beinhaltet aber auch viele Risiken und auch manche Härten. Wir machen eine traditionsreiche Sportanlage platt und glauben in Zeiten der Stagnation auf dem Immobilienmarkt und sinkender Bevölkerungszahlen dort ca. 50 Grundstücke - zugegeben sehr attraktiv gelegene - mal eben erfolgreich vermarkten zu können. Ein besseres Alternativ-Konzept haben wir nicht in Tasche, daher tragen wir den vorliegenden Vorschlag mit. Ich denke, damit kann man es gut sein lassen und man sollte uns und die Bürger mit Rechenmodellen verschonen, die belegen sollen, dass durch den Bau der neuen Schwimmhalle die Haushaltssituation noch verbessert wird. Sonst müssen wir vielleicht irgendwann in jedem unserer Dörfer eine Schwimmhalle errichten und hätten dann im Ergebnis vielleicht sogar einen Überschuss im Haushalt.

Lassen Sie mich, Anrede, an dieser Stelle noch auf die weiteren Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Haushalt eingehen:

Nach erfolgter energetischer Sanierung des Hauptschulgebäudes kann der Verbrauch für Heizung deutlich niedriger angesetzt werden, hier lassen sich ca. 30 T€ im Jahr einsparen. Die Kosten für die Planungsmaßnahmen, die die Gemeinde finanziert erscheinen uns zu hoch angesetzt. Hier betragen wir eine Reduzierung jährlich um 50 T€ auf 200 T€ in 2011 und 150 T€ in den Folgejahren. Die Stromkosten für unsere Straßenlampen beantragen wir nach erfolgter Neuverhandlung und Stromsparmaßnahmen im Jahr 2013 um 15 T€ und 2014 um 20 T€ zu reduzieren. Wir beantragen weiter die Ausgaben für die EDV 2012 und 2013 um jeweils 20 T€ und 2014 um 40 T€ zu reduzieren. Weiter halten wir es für erforderlich, den in den letzten 2 Jahren stark erhöhten Zuschuss an die Rursee-Touristik teilweise etwas zurückzufahren und 2012 und 2013 um jeweils 20 T€ und 2014 um 40 T€ zu reduzieren. Die schwierige Haushaltslage zwingt uns dazu, auch den Ansatz für die Unterhaltung der Gemeindestraßen um jeweils 30 T€ pro Jahr zu senken. Für 2014 sollten wir den Ansatz einmalig zur stärkeren Haushaltsreduzierung um 100 T€ auf dann 150 T€ reduzieren. Zwar wissen wir natürlich, dass dies - auch angesichts des letzten und derzeitigen Winters, eigentlich nicht ausreichend ist, doch lässt uns die finanzielle Situation keine andere Wahl.

In der Unterhaltung der Wirtschaftswege dagegen haben wir in der Vergangenheit manchem Luxus gefrönt. Wir beantragen den Ansatz ab 2011 um jeweils 30 T€ von 50 auf 20 T€ zu senken.

Einigen der von uns beantragten Sparmaßnahmen konnten sich die Mehrheitsfraktionen in den Vorberatungen anschließen, anderen nicht. Ein weiterer Antrag der SPD sieht vor, auf die geplante Baumaßnahme zur Unterbringung der naturkundlichen Bildungsstätte in Lammersdorf zu verzichten. Die Mehrheitsfraktionen möchten 250 T€ bei 90 T€ Zuschuss dafür ausgeben. Hauptschule, Schwimmhalle, Woffelsbach, alles noch nicht genug, nein wir müssen auch noch ein Haus für die Naturkundliche Bildungsstätte errichten. Auch wir bedauern es sehr, dass diese äußerst wertvolle Sammlung nicht angemessen präsentiert werden kann – aber wir können einfach nicht ungebremst immer mehr Geld ausgeben als wir haben. Wir bedauern auch, dass die Mehrheitsfraktionen das offensichtlich noch immer nicht erkennen will oder kann. Wir spielen nicht mehr Wunschkonzert. Und dazu gehört u.a. auch, dass der Bau eines Wanderparkplatzes nicht einfach mal eben doppelt so teuer werden darf, nur weil der Planer geschlafen hat.

Eine leichte Einnahmeerhöhung möchte die SPD-Fraktion bei den Einnahmen aus Parkgebühren einplanen. Wir bauen für sehr viel Geld neue zusätzliche Parkplätze im Rurtal, dann müssen auch die Einnahmen steigen. Ein Mittel dazu könnte auch eine Erhöhung der Parkgebühren für die Wohnmobile sein.

In einem Punkt möchte die SPD jedoch auch mehr Geld ausgeben. Die Verwaltung schlägt vor, in 2011 überhaupt nichts für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten für Kinderspielplätze vorzusehen. Wir beantragen hier, wie auch die Ratsmehrheit auch, für 2011 die ohnehin bescheidenen 5 T€ vorzusehen und im Haushalt einzustellen. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass der verwaiste ehemalige Spielplatz an der Fuggerstr. in Simmerath dringend wieder hergerichtet werden sollte.

Weiter begrüßen wir ausdrücklich, dass nunmehr endlich die von der SPD seit 2008 geforderten finanziellen Mittel für eine Versorgung des Gewerbegebiets Rollesbroich mit schnellem DSL im Haushalt eingestellt sind. Die Umsetzung sollte nunmehr schnellstmöglich erfolgen, damit die Attraktivität dieses Gewerbegebiets wieder hergestellt wird. Ohne diesen sehr wichtigen Standortfaktor lassen sich schon jetzt die Grundstücke nur noch wesentlich schwerer vermarkten und dieser Standortfaktor wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen folge ich einer Tradition. Ich richte ein ausdrückliches Dankeschön an die Kämmerei, an alle Mitarbeiter, die in besonderem Maße an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben.

Sehr geehrter lieber Herr Kreutz, dies ist der letzte Haushalt der unter Ihrer Federführung erstellt wurde. Und der Haushalt ist wie immer exakt und akribisch genau aufgestellt. Sie haben auch gerade die Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren immer wieder für mahnende und aufrüttelnde Worte an die Politik genutzt. Sie blieben nicht selten ungehört. Ihnen ganz persönlich gilt unser und gerade auch mein Dank für jahrelange Zusammenarbeit für jahrelange Unterstützung sowie kompetente und hilfsbereite Beratung. Wenngleich ich überzeugt bin, dass es einen hervorragenden Nachfolger geben wird, werden Sie uns doch fehlen. Sie haben sich eine Zustimmung auch der Opposition zu Ihrem letzten Haushalt gewünscht. Ich entschuldige mich, aber in dieser Sache muss ich Sie leider enttäuschen. Die SPD-Fraktion wird diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen, aber das liegt nicht an Ihnen Herr Kreutz. Es liegt daran, dass dieser Entwurf politisch absolut enttäuschend ist. Dieser Haushalt ist ohne Perspektive. Das vergangene Jahr ist verstrichen ohne grundsätzliche Weichenstellung in Richtung auf einen mittelfristigen Haushaltsausgleich. Steuern hoch und ansonsten immer weiter so! Getreu dem kölschen Gebot: et hätt noch immer joot jejeange

Das ist uns zu wenig.